

Zusatzbeiträge abschaffen – Parität herstellen!

Die Erhöhung der Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen auf durchschnittlich 1,1 Prozent zum Jahresbeginn und die Erwartung künftig steigender Zusatzbelastungen haben eine kritische Debatte in Politik und Gesellschaft ausgelöst. Die IG Metall lehnt den Bruch mit der paritätischen Finanzierung unverändert ab und bezieht weiterhin eindeutig Position: Die ungerechten Zusatzbeiträge müssen weg und die Parität muss her!

Die Geschichte des Zusatzbeitrags...

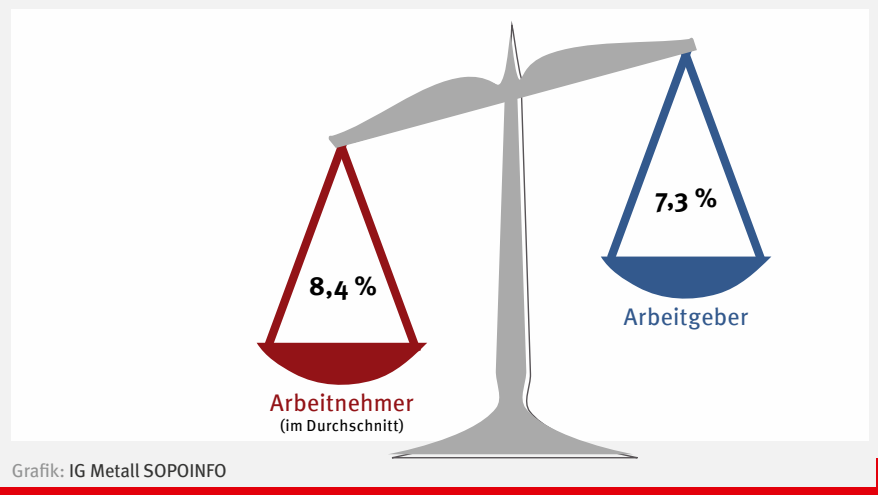
in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beginnt im Jahr 2005. Die rot-grüne Koalition hatte einen zusätzlichen Beitragssatz von 0,5 Prozent allein für die Versicherten beschlossen. Noch im selben Jahr wurde er auf 0,9 Prozent erhöht. Begründet wurde dieser offene Bruch der paritätischen (hälftigen) Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit einer angestrebten Entlastung der Wirtschaft. Mit Wirkung ab 2011 hat die schwarz-gelbe Koalition den Arbeitgeberbeitrag bei 7,3 Prozent eingefroren, dieser Satz gilt bis heute. 2015 wurde das Finanzierungssystem erneut umgestellt: Der allgemeine Beitragssatz in Höhe von 14,6 Prozent wird paritätisch finanziert, der bisherige Sonderbeitrag für Versicherte wurde in kassenindividuelle Zusatzbeiträge umgewandelt. Diesen Zusatzbeitrag legt jede Kasse selbst fest, 2015 betrug er im Durchschnitt 0,9 Prozent.

Angesichts steigender Gesundheitskosten...

droht eine Verdoppelung des bisherigen Zusatzbeitrages auf 1,8 Prozent im Jahr 2018. Die Empörung über die ungerechte Beitragsverteilung wächst. Lauter wird auch die Forderung nach Rückkehr zur paritätischen Beitragsfinanzierung.

Beitragswaage in Schiefelage

Beitragsanteile in der gesetzlichen Krankenversicherung (2016). Die Arbeitnehmerbeiträge unterscheiden sich je nach Zusatzbeitrag der Kasse.



Das Spektrum der Kritiker...

reicht von Gesundheitsökonomen, Kassenvorständen, DGB-Gewerkschaften, Mitgliedern der Selbstverwaltung bis hin zu Teilen der Opposition und der Regierungspartei SPD. Zudem hat Rheinland-Pfalz, unterstützt von Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen, im Bundesrat eine Entschließung beantragt. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die vollständige paritätische Finanzierung von Krankenversicherungsbeiträgen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder herstellt.

Die IG Metall hat Sonder- und Zusatzbeiträge immer als sozial ungerecht kritisiert und Alternativen für eine solidarische GKV-Finanzierung vorgelegt. Mit dem aktuellen Positionspapier schaltet sich der Vorstand der IG Metall aktiv und öffentlich wahrnehmbar in die politische Debatte um die Zusatzbeiträge ein.

Materialien für
Aktivitäten vor Ort:

Muster-Folien



Unterschriftenliste



DOKUMENTATION

Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen!**Positionspapier des IG Metall Vorstands zur aktuellen Erhöhung der Zusatzbeiträge vom 02.02.2016**

Zu Beginn des Jahres 2016 sind die nur von den Versicherten zu tragenden Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung gestiegen. Arbeitnehmer müssen durchschnittlich einen Zusatzbeitrag von 1,1 Prozent schultern. Die Belastung kann je nach Einkommen bis zu 47 Euro monatlich und 560 Euro jährlich betragen. Krankenkassen und Gesundheitsökonomien erwarten für 2017 einen weiteren Anstieg der Zusatzbeiträge um rund 0,4 Prozent.

Da der Gesetzgeber den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bei 7,3 Prozent eingefroren hat, sind Kostensteigerungen alleine von den Versicherten zu tragen. Die IG Metall lehnte und lehnt diesen Bruch mit der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ab. Sie tut dies aus verteilungspolitischen und ordnungspolitischen Gründen:

- Der Zusatzbeitrag ist verteilungspolitisch ungerecht. Er belastet nur die Versicherten und entlastet die Arbeitgeber von der Finanzierung des medizinischen Fortschritts und den Kosten einer solidarischen Gesundheitsversorgung.
- Der Zusatzbeitrag setzt ordnungspolitisch falsche Anreize. Er zwingt die Kassen in einen Kostenwettbewerb um wettbewerbsförderliche Beiträge. Dies heizt die Jagd nach jungen, gesunden Versicherten

an, da diese für die Kassen „gute Risiken“ darstellen. Wettbewerbliche Beitragsätze und nicht Versorgungsqualität und Versichertennähe werden zu zentralen Zielgrößen.

Arbeitgeber und Politik müssen auch künftig an einer umsichtigen Ausgabenpolitik im Gesundheitssystem Interesse haben. Nicht überzogene Gewinn- und Einkommensinteressen der Leistungsanbieter (Pharmaindustrie, Apotheken, Ärzte usw.) dürfen Vorfahrt haben, sondern versorgungspolitische Ziele wie Prävention und die Beseitigung sozial ungleich verteilter Gesundheitschancen müssen im Mittelpunkt einer modernen Gesundheitspolitik stehen.

Der Vorstand der IG Metall sieht sich in seiner Kritik der Zusatzbeiträge bestätigt und fordert von der Bundesregierung:

- Die einseitige Belastung der Versicherten muss beendet und die vollständige Parität hergestellt werden.
- Nicht der Wettbewerb um attraktive Versicherte, sondern Versorgungsqualität und Versichertennähe müssen Zielgrößen der Krankenkassen sein.
- Eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle muss solidarisch finanziert werden. Überzogenen Einkommenserwartungen der Leistungsanbieter müssen - etwa durch



„Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge ist eine eklatante Ungerechtigkeit, die schnellstmöglich aus der Welt zu schaffen ist. Die sozialstaatlich gebotene Parität ist ein unverzichtbares Grundelement unseres Wirtschaftssystems.“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

eine wirksame Kostenbremse bei Arzneimitteln - Grenzen gesetzt werden.

Für diese Forderungen wird sich die IG Metall in den Betrieben, in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung und gegenüber der Politik engagieren. Unser Ziel ist und bleibt eine hochwertige, effiziente und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung für alle!

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier,
Stefanie Janczyk, Thomas Krischer, Dirk Neumann
Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.